

# GEDENKDIENST

Verein für historisch-politische Bildungsarbeit und internationalen Dialog

4/2016 79. Ausgabe

## Mit der Natur gegen soziale und politische Veränderungen

Rechtsextreme Kämpfe gegen geschlechterpolitische Wandel und ihre Anknüpfungsstellen in der Mitte der Gesellschaft

Seit Ende der 1980er, Anfang der 1990er-Jahre kritisieren Expert\_innen der Frauen- und Geschlechterforschung, Geschichts- und Politikwissenschaft sowie feministische Antifaschist\_innen die Ignoranz gegenüber der Kategorie Geschlecht in den Auseinandersetzungen rund um Rechtsextremismus. Diese Nicht-Berücksichtigung hat nicht nur zur Folge, dass die Beteiligung rechtsextremer Frauen und Mädchen bis heute vernachlässigt wird, sondern verkennt auch die bedeutende Funktion, die dem Sexismus im rechtsextremen Denken zukommt.

Eine genauere Betrachtung der gängigen Erklärungsansätze rechtsextremer Einstellungen führt leider zur bitteren Erkenntnis, dass der Kategorie Geschlecht zumeist wenig Bedeutung zugemessen wird. Obgleich beispielsweise Willibald Holzer in seiner wichtigen Publikation *Rechtsextremismus. Konturen, Definitionsmerkmale und Erklärungsansätze*<sup>1</sup> hervorhebt, dass sich Rechtsextremismus in der für ihn konstitutiven Ideologie der Ungleichheit auf das Prinzip der Natur/Natürlichkeit beruft, wird der in rechtsextremen Kreisen verbreitete Biologismus, der das Geschlechterverhältnis betrifft, weitgehend ausgespart. Im Vordergrund steht folglich die als natürlich behauptete Ungleichheit zwischen den ‚Rassen‘ bzw. ‚Völkern‘. Dass diese biologistische Konstruktion jedoch mit jener der Geschlechter korrespondiert und die seit dem 18. Jahrhundert aufgekommene Geschlechterbipolarität, die ‚Mann‘ und ‚Frau‘ in sich gegenüberstehende Entitäten mit bestimmten Wesensmerkmalen trennt, an diese vermeintlich natürliche Ungleichheit anknüpft, findet bei Holzer wie auch bei anderen (kritischen) Rechtsextremismustheoretiker\_innen kaum nähere Erwähnung. Dadurch wird vor allem übersehen, dass rechtsextreme Denkweisen bis heute auf ein biologisch konstruiertes, dichotomes und in der Regel hierarchisch konzipiertes Geschlechterverständnis rekurrieren. Die Vorstellung einer vermeintlich natürlichen Geschlechterdifferenz erfüllt im Rechtsextremismus zudem die Funktion einer Ordnungsinstanz, die die imaginierte Gemeinschaft nach Innen und nach Außen hin absichert. Dabei wird auch deutlich, auf welche Art und Weise rassistische und sexistische Denkweisen ineinander greifen. So wird Frauen zwar innerhalb der vorgestellten Gemeinschaft gegenüber den Männern eine untergeordnete

Rolle zugeschrieben, dennoch sind sie in Dominanzstrukturen (gegenüber vermeintlich ‚Anderen‘ bzw. ‚Fremden‘) eingebunden und erfahren somit eine Aufwertung der eigenen gesellschaftlichen Position.

Zwar kann auch nicht geleugnet werden, dass in der (extremen) Rechten nach wie vor Männer den politischen Bereich dominieren und auch das (medial verbreitete) Bild von Männern geprägt wird. Dennoch lassen sich inzwischen zahlreiche Ausnahmen, wie beispielsweise die Kandidatur von Barbara Rosenkranz (*Freiheitliche Partei Österreichs*) für das Amt der Präsidentin 2010, Marine Le Pen als Vorsitzende der französischen rechtsextremen Partei *Front National* oder Frauke Petry als Bundessprecherin für die *Alternative für Deutschland* (AfD) nennen. Zudem ist die Tendenz von Frauen und Mädchen, rechte/rechtsextreme Parteien zu wählen oder sich innerhalb dieser zu engagieren, nicht nur im deutschsprachigen Raum im Steigen begriffen. Daneben zeigt sich bei genauerer Betrachtung, dass insbesondere rechten/rechtsextremen Frauen außerhalb der parteiförmig organisierten Rechten bis heute besondere Funktionen zukommen. Vor allem in Bürger\_inneninitiativen und anderen vermeintlich zivilgesellschaftlich organisierten Bereichen, wie beispielsweise Vereine, Elternvertretungen oder in Deutschland Kindertagesstätten, haben rechtsextreme Frauen leichter Zugang und tragen nicht selten zu einer Imageverbesserung bei, weil sie nicht dem klischeehaften Bild der Stiefel-Neonazis entsprechen.

### Anschlussstellen

Trotz dieser zunehmenden Partizipationsfelder für rechtsextreme Frauen in den letzten Jahren bzw. Jahrzehnten lässt sich ein Backlash in rechtsextremen Kreisen verzeichnen, der stark auf traditionelle Konstruktionen von Geschlechtern und Frauen erneut in beschränkteren Rollen drängt. Obgleich diese Tendenzen nicht unbedingt auch mit der Abnahme von aktivem politischen Engagement von Frauen verbunden sind, zielt der moderne Rechtsextremismus, wie wir ihn heute antreffen, nicht selten auf die Renaturalisierung, also die ‚Wiederherstellung‘ einer vermeintlich ‚natürlichen‘ Geschlechterordnung ab. Gerade weil dieses strikte Geschlechtermodell im Rechtsextremismus bestimmte Funktionen erfüllt, wie beispielsweise Einflüsse von vermeintlicher Weiblichkeit aus der Sphäre des Politischen, des Männerbundes oder auch der Gesellschaft fernzuhalten, sollte dieser Leerstelle mehr Aufmerksamkeit zukommen. Hinzu kommt die weite Verbreitung und tiefe Verankerung der Geschlechterbipolarität in der ‚Mitte der Gesellschaft‘, die für zahlreiche, nicht ideologisch rechtsextrem gefestigte, Menschen verstärkt Möglichkeiten liefert, an in rechtsextremen Kreisen propagierte sexistische und antifeministische Politiken anzuknüpfen. Denn die Vorstellung, dass Frauen durch Gleichstellungsmaßnahmen nun bevorteilt würden und Männer nun die eigentlichen Benachteiligten wären, scheint nicht nur am rechten Rand weit verbreitet zu sein. So spricht das Wettern gegen die Verunglimpfung der deutschen Sprache durch ‚Gendern‘ und die Verschwendung von Steuergeldern für Gender Studies sowie die Hetze gegen die ‚Emanzen‘ oder ‚Regenbogenträume‘ (gleichgeschlechtliche Partner\_innenschaft sowie Adoption bei homosexuellen Paaren) auch Menschen an, die nicht traditionell rechts wählen. So scheint die davon ausgehende Infragestellung strikter Geschlechterkonzeptionen sowie die Bedrohung des Verlusts bestimmter, damit verbundener Privilegien wirksam zu werden.

Deutlich wird die Brückenfunktion sexistischer, antifeministischer und vor allem auch homo- und transfeindlicher Positionen auch an Hand der Debatten rund um frühkindliche Sexualpädagogik. Dabei handelt es sich um zeitgemäße pädagogische Ansätze der Sexualerziehung im frühen Kindesalter, die weit über die extreme Rechte hinaus unter dem Schlagwort und Kampfbegriff ‚Frühsexualisierung‘ zum Bedrohungsszenarium für die heterosexuelle Ehe, Familie und Kinder inszeniert werden. Was in diesen Kreisen als ‚verstörend‘, ‚skandalös‘ oder auch ‚besorgniserregend‘ verhandelt wird, meint jedoch eigentlich pädagogische Ansätze, die Kindern ein positives Körpergefühl, Abbau von Schamgefühlen und die Entwicklung einer verantwortungsvollen, selbstbestimmten Sexualität ermöglichen und dazu befähigen sollen, (sexualisierte) Gewalt zu erkennen und sich gegen diese zur Wehr zu setzen.

Deutlich wird die Brückenfunktion sexistischer, antifeministischer und vor allem auch homo- und transfeindlicher Positionen auch an Hand der Debatten rund um frühkindliche Sexualpädagogik. Dabei handelt es sich um zeitgemäße pädagogische Ansätze der Sexualerziehung im frühen Kindesalter, die weit über die extreme Rechte hinaus unter dem Schlagwort und Kampfbegriff ‚Frühsexualisierung‘ zum Bedrohungsszenarium für die heterosexuelle Ehe, Familie und Kinder inszeniert werden. Was in diesen Kreisen als ‚verstörend‘, ‚skandalös‘ oder auch ‚besorgniserregend‘ verhandelt wird, meint jedoch eigentlich pädagogische Ansätze, die Kindern ein positives Körpergefühl, Abbau von Schamgefühlen und die Entwicklung einer verantwortungsvollen, selbstbestimmten Sexualität ermöglichen und dazu befähigen sollen, (sexualisierte) Gewalt zu erkennen und sich gegen diese zur Wehr zu setzen.

Fortsetzung auf Seite 2

## Inhalt

Wirkungen rechtspopulistischer politischer Kampagnen aus Sicht der kommunikationswissenschaftlichen Forschung .....	3
Wie sich Rechtsextreme anschlussfähig machen .....	4
Der Ausstieg aus dem Rechtsextremismus – EXIT für Österreich .....	5
Facebook-Postings .....	6-7
vor.gelesen   Rezensionen .....	8

## Editorial

Liebe Leserin! Lieber Leser!

In unserer letzten Ausgabe haben wir versucht, den analytischen Wert des Begriffs Rechtsextremismus zu erschließen und den Stand rechtsextremer Bewegungen zu beschreiben. Bei Rechtsextremismus handelt es sich nicht um einen Kampfbegriff zur Diskreditierung politischer AkteurInnen, wie (von GegnerInnen des Begriffs) oft kolportiert. Vielmehr können politische Vorstellungen und Handlungen durch das hinter dem Begriff stehende analytische Instrumentarium präzise eingeordnet werden. In der hier vorliegenden Ausgabe widmen wir uns einer Untersuchung einzelner Merkmale rechtsextremer Politiken und deren Verbreitung. So zeigt Judith Götz in ihrem Artikel auf, weshalb die Betonung einer imaginierten Geschlechterdifferenz ein zentrales Konstituierungsmerkmal des Rechtsextremismus ist. Desirée Schmuck macht deutlich, wie Werbung in klassischen Medien und auf sozialen Netzwerken rechtspopulistische Diskurse befördert. Julian Bruns, Kathrin Glösel und Natascha Strobl argumentieren, dass Organisationen wie die *Identitären* und rechte Bürgerinitiativen gelernt haben, sich geschickt im Umfeld sozialer Medien zu bewegen. Die Ausgabe möchte darüber hinaus klären, wie es um Ausstiegshilfen für Rechtsextreme bestellt ist. Organisationen wie *EXIT-Deutschland* existieren in Österreich nicht. Mona Hörmann argumentiert vor dem Hintergrund des Anstiegs rechtsextremer Straftaten, dass die Schaffung und Finanzierung solcher Organisationen dringend notwendig ist. Neben dem inhaltlichen Schwerpunkt dokumentieren wir die Arbeit an verschiedenen Einsatzstellen, die durch das neue Freiwilligen-gesetz Einschnitte befürchten. Wie üblich wird die Ausgabe mit Rezensionen auf der letzten Seite geschlossen.

Viel Freude am Lesen wünschen

Jutta Fuchshuber, Roman Birke  
und Lukas Dünser  
Chefredakteurin und Redakteure  
GEDENKDIENST

## Fortsetzung von Seite 1

In kindergerechter Weise werden Heterosexualität und Zweigeschlechtlichkeit nur als eine von vielen gleichberechtigten Möglichkeiten geschlechtlicher und sexueller Lebens- und Begehrensformen präsentiert und von ‚natürlichen‘ Vorstellungen von Sexualität Abstand genommen. Grund genug für konservative und rechte Kräfte Sturm zu laufen und die Natur gegen soziale und politische Veränderungen in Stellung zu bringen.

## Allianzen

Nach französischem Vorbild, wo die *La Manif Pour Tous* über eineinhalb Millionen Menschen für homophobe Anliegen auf die Straße brachten, machen seit Anfang 2014 auch in Deutschland ‚besorgte Eltern‘ Stimmung gegen Pläne, sexuelle Erziehung in den Lehrplänen der Sexualkunde in Schulen zu integrieren und können sich dabei einer Allianz aus konservativen Eltern, Rechtsextremen und christlichen Fundamentalist\_innen als Unterstützer\_innen gewiss sein. Dass Distanzierungen von homosexuellenfeindlichem Gedankengut rein rhetorisch bleiben, verdeutlichen nicht nur einschlägig bekannte Redner\_innen auf den bundesweiten Demonstrationen, sondern vor allem auch die Ablehnung von ‚Genderismus‘ bzw. der ‚Gender-Ideologie‘, die als Ursache sämtlichen Übels ausgemacht wird, ‚Kinderseelen zerstören‘ und zu ‚Entwurzelung‘ führen würden. In der Diskreditierung der beschriebenen pädagogischen Ansätze bedienen sich ihre Gegner\_innen altbekannter Methoden, die von selektiven Darstellungen über die Umdeutung von Diskursen hin zur Verbreitung von Unwahrheiten reichen. So ist in einschlägigen Veröffentlichungen und Wortbeiträgen von ‚ideologischer Stimmungsmache‘, ‚staatlicher Umerziehung‘, ‚Indoktrination‘, ‚Manipulation‘ oder der ‚Trans- und Homosexualisierung‘ der Kinder und Schulen zu lesen und zu hören. Nicht selten inszenieren sich die selbsternannten Retter\_innen der ‚Kernfamilien‘ dabei als die eigentlichen Diskriminierten, da ‚Berufsschwule‘ und ‚Genderbeauftragte‘, so die beinahe wahnhaften Vorstellungen, bis in die Klassenzimmer die Erziehung ihrer Kinder bestimmen könnten, während die Rechte der Eltern ausgehebelt würden. Der Diskurs fixiere sich zudem zu stark auf ‚Diskriminierungen, die in der sexuellen Identität begründet sind‘, wohingegen andere Benachteiligungen außer Acht gelassen würden und so wird ‚Frühsexualisierung‘ von der Auflösung der Familie bis hin zum Niedergang des Bildungssystems und des (deutschen) Volkes für so ziemlich alles verantwortlich gemacht. Wenig verwunderlich auch, dass in antifeministischer Manier Vaterlosigkeit als schwerwiegenderes Problem in Stellung gebracht und in weiterer Folge bejammert wird, dass (frauenfeindliche) Väterrechtsorganisationen nicht in gleicher Weise an Schulen dürften wie Sexualpädagog\_innen. Umschreibungen wie ‚unnatürlich‘, ‚pervers‘ oder gar ‚pädophil‘ zielen zudem nicht nur darauf ab, Homosexualität damit in Verbindung zu bringen, sondern alles von Heterosexualität abweichende zu stigmatisieren.

Der Grund für das unglaubliche Mobilisierungspotential derartiger Diskurse kann vor allem darin gefunden werden, dass durch Sexualerziehung im frühen Kindesalter tatsächlich die Möglichkeit

besteht, sexistischen, homo- und transfeindlichen Denkmustern präventiv vorzubeugen. In Aufruhr scheinen Rechts-extreme und ihre Verbündeten jedoch vor allem deswegen zu sein, weil durch derartige Bestrebungen nicht nur dichotome Geschlechtervorstellungen ins Wanken geraten, sondern auch die traditionelle heteronormative, bürgerliche Kleinfamilie. Die Beschwörung dieser heterosexuellen Kleinfamilie stellt dabei jedoch nur einen kleinen Teil des Problems diskriminierender Politiken und Rhetoriken dar. Der weitaus größere, dahinter stehende Bedeutungszusammenhang ergibt sich durch die damit verbundene Naturalisierung des Sozialen. Das bedeutet, dass Liebes- und Begehrensformen, Sexualitäts- und Geschlechteridentitäten eben nicht als sozial geformte und wählbare und nebeneinander gleichberechtigte anerkannt werden, sondern mit dem Rückgriff auf die Natur behauptet wird, es gäbe eine natürliche, die als vermeintliche Norm verteidigt wird. Dementsprechend wird die Familie als ‚Keimzelle, Rückgrat und Leistungsträger‘ der Gesellschaft dagegen in Stellung gebracht um vermeintlich natürliche Geschlechterordnungen und die damit verbundenen Privilegien aufrechtzuerhalten und abzusichern. Das vermeintliche Wohl der Kinder hingegen wird dabei lediglich für die eigenen Interessen instrumentalisiert.

## Feminismus von rechts?

Stärker denn je nehmen Rechtsextreme also auch (staatliche) geschlechterpolitische Gleichstellungsmaßnahmen und Frauen\*förderungsprogramme ins Visier. Dennoch haben viele Themen aus den Frauen\*bewegungen von Abtreibung über Quoten hin zu Gender-Mainstreaming und sexualisierter Gewalt bereits seit geraumer Zeit Eingang in Debatten und Politiken der extremen Rechten gefunden. So stellt sich immer wieder die Frage, ob eine Art rechter/rechtsextremer Feminismus konstatiert werden kann. Derartige Bestrebungen stützen sich in rechtsextremen Kreisen vor allem auch Überlegungen, wie sie beispielsweise im Nationalsozialismus anzutreffen waren. Frauen forderten gleiche Partizipationsmöglichkeiten in allen gesellschaftlichen Bereichen mit der Argumentation, dass ‚jeder Mann und jede Frau‘ benötigt würde, um die ‚deutsche Vorherrschaft‘ zu erlangen und abzusichern. Begünstigt werden sollten jedoch nicht alle Frauen, sondern, gemäß dem hierarchischen, elitären Denken, ausschließlich ‚die Besten‘. Außerdem wurde die Rolle der ‚deutschen Frauen‘ im Nationalsozialismus aufgewertet und mit Bedeutung versehen, was von vielen als Ausbruch aus traditionellen Mustern, ‚Befreiung‘ oder ‚Emanzipation‘ empfunden wurde, insbesondere durch die Möglichkeiten, aus der privaten Sphäre auszubrechen weil durch die Verpflichtung für das ‚deutsche Volk‘ die Familie an Bedeutung verlor und bisherige Grenzen weiblicher politischer Partizipationsfelder überschritten wurden. Nicht zuletzt wurde diese Verpflichtung auch als sinnstiftend erlebt und versprochen, für die Aufopferung belohnt zu werden. Die patriarchalen Strukturierungen der Konstrukte ‚Nation‘ und ‚Volk‘ blieben jedoch unhinterfragt.

Ähnliche Momente der Sinnstiftung und Aufwertung erfahren Frauen, die sich in rechtsextremen Kreisen engagieren auch gegenwärtig. Rechtsextreme Frauen werden zwar gesellschaftlich sowie auch in ihren Zusammenhängen

benachteiligt, erleben durch ihre Einbindung in Dominanzstrukturen (wie das ‚deutsche Volk‘ oder die Volksgemeinschaft) jedoch einen Ausgleich für eigene Diskriminierungserfahrungen, da sie immer noch besser gestellt sind als beispielsweise Männer mit Migrationshintergrund und folglich Ausgrenzung und Unterdrückung gegen schlechter Gestellte ausüben können. So spricht beispielsweise Christine Wittrock von ‚oppositionellen Faschistinnen‘, Liliane Crips von ‚Nationalfeminismus‘ und Renate Bitzan von ‚antiseistischen Rassistinnen‘ oder ‚sexismuskritischen Nationalistinnen‘. Diese unterscheiden sich von fortschrittlichen Feministinnen vor allem durch ihre Ignoranz gegenüber anderer oder Befürwortung von Diskriminierungsfaktoren wie Herkunft, Sexualität und Klasse sowie der Vorstellungen der Gleichberechtigung ‚unserer‘ Frauen mit ‚unseren‘ Männern. So lange Feminismus sich jedoch als emanzipatorisches Projekt im Interesse aller Frauen\* versteht, das auch andere Benachteiligungsfaktoren mitdenkt, sollen und dürfen nationalistisch und rassistisch aufgeladene frauen\*politische Bestrebungen kein Teil davon sein. Dementsprechend bleibt fraglich, ob im Falle rechtsextremer Bezugnahmen tatsächlich von Feminismus gesprochen werden kann.

## Judith Goetz

ist Literatur- und Politikwissenschaftlerin, Mitglied der Forschungsgruppe *Ideologien und Politiken der Ungleichheit* ([www.fipu.at](http://www.fipu.at)) sowie des Forschungsnetzwerks *Frauen und Rechtsextremismus* (<http://www.frauen-und-rechtsextremismus.de/>).

<sup>1</sup> Vgl. Willibald Holzer, *Rechtsextremismus - Konturen, Definitionsmerkmale und Erklärungsansätze*, Wien 1994.

## Impressum

### Medieninhaber: GEDENKDIENTST

- Verein für historisch-politische Bildungsarbeit und internationalen Dialog  
A-1050 Wien, Margaretenstraße 166,  
tel +43 1 581 04 90 fax +43 1 253 303 390 72,  
office@gedenkdiensat.at, www.gedenkdiensat.at  
Erste Bank, BIC GIBAATWW, IBAN AT84 2011  
1288 6856 4800

### Obmann: Michael Spiegl

Kassier: Moritz Kopetzki

Schriftführer: Paul Kuglitsch

Jede weitere Veröffentlichung bedarf der Zustimmung der AutorInnen. Die in den Artikeln vertretenen Meinungen müssen nicht mit den Positionen des Vereins GEDENKDIENTST ident sein.

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Julian Bruns, Kathrin Glösel, Judith Goetz, Christian Hanl, Mona Hörmann, Desirée Schmuck, Natascha Strobl, Nora Zirkelbach

### Abbildungsnachweise:

Jonathan Dombach (S. 6)  
Jutta Fuchshuber (S. 6)  
Laurenz Rogi (S. 6)  
Moritz Haderer (S. 7)  
Sebastian Redl (S. 7)  
Felix Vorberg (S. 7)

### Chefredakteurin: Jutta Fuchshuber

Lektorat: Jutta Fuchshuber, Sarah Knoll, Sara Vorwalder

Redaktion: Roman Birke, Lukas Dünser, David Haunschmid, Fritz Kainz, Johann Kirchknopf, Sarah Knoll, Ina Markova, Moritz Reithmayr, Sara Vorwalder

Layout: Philipp Haderer

Druck: simply more, Wien

Erscheinungsort: Wien

Auflage: 3000

Preis: 0,75 Euro

# Wirkungen rechtspopulistischer politischer Kampagnen aus Sicht der kommunikationswissenschaftlichen Forschung

„Durch den ungebremsten Zustrom von kulturfremden Armutsmigranten, die in unsere Sozialsysteme einsickern, wird unser von Solidarität und Zusammenhalt getragenes gesellschaftliches Gefüge in seinen Grundfesten erschüttert und das macht mittelfristig einen Bürgerkrieg nicht unwahrscheinlich.“<sup>1</sup> In seiner *Rede zur Lage der Nation aus freiheitlicher Sicht* im Oktober 2016 schürt der Obmann der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), Heinz-Christian Strache, Ängste vor den Konsequenzen der Zuwanderung in der österreichischen Bevölkerung. Angesichts aktueller Entwicklungen, wie der Flüchtlingsbewegung sowie islamistischer Terroranschläge in europäischen Ländern, hat die öffentliche Ablehnung gegenüber Immigration massiven Zuwachs erfahren, was einen Nährboden für die emotionale Stimmungsmache der ‚Neuen Rechten‘ bietet.<sup>2</sup> Ressentiments gegenüber Immigration und ImmigrantInnen – gleich aus welchen Motiven heraus – stellen immer noch einen der wichtigsten Prädiktoren für das Wahlverhalten zugunsten einer rechtspopulistischen Partei dar. Gemeinsames zentrales Merkmal dieser Parteien ist neben ihrer deklarierten Volksnähe und der Ablehnung der häufig als korrupt bezeichneten ‚politischen Eliten‘ ihre restriktive Haltung gegenüber Immigration und Integrationspolitik.<sup>3</sup> Eine vereinfachte Gegenüberstellung der sozialen Umwelt in ‚Wir‘ und die ‚Anderen‘ ist dabei zentrales definitorisches Merkmal des Populismus. Insbesondere der Ausschluss von ethnischen, nationalen oder religiösen gesellschaftlichen Gruppen wird von den Rechtspopulisten zum zentralen Wahlkampfthema instrumentalisiert.<sup>4</sup> Die Ablehnung dieser Gruppen schlägt sich dabei in extrem negativen textuellen und visuellen Darstellungen in politischen Kampagnen von Parteien wie der FPÖ, der französischen *Front National* (FN), der *Schweizer Volkspartei* (SVP) oder der deutschen *Alternative für Deutschland* (AfD) in ganz Europa nieder. Aufgrund von Werbebeschränkungen im öffentlichen Rundfunk stellen in Europa Plakatwerbung und Printinserate immer noch zentrale Wahlwerbemittel dar<sup>5</sup> – politische Kampagnen beschränken sich in der heutigen Zeit jedoch längst nicht mehr nur darauf. Stattdessen nutzen politische Parteien verstärkt soziale Netzwerke wie Facebook oder Twitter, um ihre Botschaften an WählerInnen zu vermitteln.<sup>6</sup> Insbesondere für rechtspopulistische Parteien bieten soziale Netzwerke ein attraktives Umfeld, da sie auf diese Weise stark personalisierte und emotionale Inhalte unter dem Radar der breiten Öffentlichkeit vermitteln können. Zudem werden Inhalte auf Social Media aus Sicht der BürgerInnen nicht von politischen oder medialen Eliten ‚kontrolliert‘, womit auch Teile der WählerInnenschaft erreicht werden können, die klassischen Medien misstrauen.

Trotz der potenziell schwerwiegenden Folgen der massenmedialen Stereotypisierung von ImmigrantInnen im Zuge rechtspopulistischer Kampagnen für Prozesse der Demokratisierung und Integration, widmeten sich bisher nur wenige

Studien der Wirkung dieser Wahlkampagnen auf RezipientInnen. Die bestehende Forschung zur Wirkung rechtspopulistischer politischer Kampagnen zeigt jedoch, dass die textuelle sowie visuelle Exklusion bestimmter Gesellschaftsgruppen in der rechtspopulistischen Parteienkommunikation – gleich auf welchem Kommunikationskanal – einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zur Herausbildung negativer Einstellungen gegenüber ImmigrantInnen und Minderheiten in der Gesellschaft leisten können. Aus den bestehenden Befunden lassen sich dabei fünf zentrale Erkenntnisse ableiten:

(1) Die Verwendung von Angst- und Bedrohungsappellen in rechtspopulistischen Kampagnen kann wahrgenommene Bedrohungen und damit die Herausbildung von Vorurteilen gegenüber ImmigrantInnen und Minderheiten maßgeblich verstärken oder überhaupt erst auslösen. Der kognitive Mechanismus hinter diesen Effekten wird auch als *Priming*<sup>7</sup> bezeichnet. Durch die Rezeption politischer Wahlwerbung, die ImmigrantInnen und Minderheiten als Bedrohung für die Gesellschaft darstellt, wird die Assoziation der Konzepte ‚Zuwanderung‘ und ‚Bedrohung‘ im Gedächtnis der RezipientInnen kognitiv leichter zugänglich gemacht, sodass diese mit höherer Wahrscheinlichkeit für die Urteilsbildung herangezogen werden.<sup>8</sup>

(2) Starke Effekte rechtspopulistischer Kampagnen treten vor allem bei hoher Emotionalisierungsintensität der Inhalte auf. So zeigen Studien zu Kampagnen der Schweizer Volkspartei (SVP)<sup>9</sup> und der österreichischen FPÖ<sup>10</sup>, dass fremdenfeindliche politische Wahlkampagnen vor allem dann zu einer ablehnenden Haltung gegenüber ImmigrantInnen in der Bevölkerung führen, wenn die Parteien stark auf emotionale Slogans oder eine angestrebte Visualisierung der dargestellten Minderheit setzen. Eine hoch emotionale Darstellung des Zuwanderungsthemas in der rechtspopulistischen Kommunikation schürt demnach Ängste in der Bevölkerung, wodurch in der Folge negativere Einstellungen gegenüber ZuwandererInnen geformt werden.

(3) Die bisherige Forschung lässt darauf schließen, dass insbesondere BürgerInnen mit niedriger formaler Bildung und geringen politischem Wissen für die Inhalte rechtspopulistischer Kampagnen empfänglich sind. Sowohl die Rezeption politischer Appelle, die auf die Betonung knapper wirtschaftlicher Ressourcen abzielen (ökonomische Bedrohungsappelle) als auch solche, die eine Marginalisierung der symbolischen Ressourcen wie der nationalen Traditionen und Werte vermitteln (symbolische Bedrohungsappelle), haben bei niedriger gebildeten Personen eine negative Einstellungsänderung gegenüber ImmigrantInnen zur Folge, während höher Gebildete auf den ersten Blick gegen diese Einflüsse resistent zu sein scheinen.<sup>11</sup>

(4) Kürzlich erschienene Studien<sup>12</sup> zeigen jedoch, dass negativ-emotionalisierende Plakate der FPÖ auch die Einstellungen gegenüber ImmigrantInnen von höher Gebildeten beeinflussen, wenn zusätzlich automatisch-assoziative Kogni-

tionen, sogenannte ‚implizite Einstellungen‘ der RezipientInnen, herangezogen wurden. Über die Aktivierung von assoziativen Netzwerken im Gedächtnis der RezipientInnen wie zum Beispiel die assoziative Verbindung des Konzepts ‚ImmigrantIn‘ mit negativen Attributen wie ‚kriminell‘ scheint negative Plakatwerbung daher auch diejenigen zu beeinflussen, die der rechtspopulistischen Agitation generell eher kritisch gegenüberstehen. Vor dem Hintergrund, dass implizite Einstellungen vor allem spontane Reaktionen und das impulsive Verhalten von Menschen vorhersagen können, haben diese Befunde hohe Relevanz.

(5) Schließlich deuten erste Ergebnisse auf die stark polarisierende Wirkung rechtspopulistischer Social Media-Inhalte hin. Eine komparative Studie zur Wirkung rechtspopulistischer Kampagnen auf Social Media in den Niederlanden und Österreich<sup>13</sup> zeigte jüngst, dass ein authentischer Social Media-Auftritt charismatischer rechtspopulistischer PolitikerInnen, wie ihn Geert Wilders von der niederländischen Freiheitspartei *Partij voor de Vrijheid* (PVV) auf Twitter und Heinz-Christian Strache (FPÖ) auf Facebook erfolgreich betreiben, politische Einstellungen der RezipientInnen maßgeblich beeinflussen können. Dabei wird ein interessantes Wirkungsmuster deutlich: Unter Wilders- und Strache-SympathisantInnen verstärkt die Rezeption von Social Media-Inhalten negativere Einstellungen gegenüber ImmigrantInnen und hat außerdem negativere Haltungen gegenüber dem politischen Establishment zur Folge, aus dem sich die Rechtspopulisten nach Belieben selbst ausschließen, um sich auf dieselbe Ebene mit dem ‚einfachen Volk‘ zu bringen.<sup>14</sup> Unter den GegnerInnen der Rechtspopulisten zeigen rechtspopulistische Social Media-Inhalte den gegenteiligen Effekt: Einstellungen entwickeln sich noch stärker in die Richtung, die konträr zur kommunizierten Meinung steht. Diese Ergebnisse deuten auf die Gefahr von sogenannten ‚Filter Bubbles‘ in sozialen Netzwerken hin, die das Phänomen beschreiben, dass einseitige, durch Algorithmen bedingte Information auf sozialen Netzwerken die Entstehung von radikalen Sichtweisen der NutzerInnen begünstigt.<sup>15</sup> Demzufolge kann rechtspopulistische Social Media-Kommunikation, die sich gezielt gegen bestimmte gesellschaftliche Gruppen richtet, eine zunehmende Polarisierung der gesamten Gesellschaft vorantreiben.

In Summe leisten die bisherigen Befunde einen wichtigen Beitrag zur aktuellen gesellschaftlichen Debatte um den Erfolg rechtspopulistischer politischer Parteien in Europa. Aus Sicht der Kommunikationswissenschaft handelt es sich im Falle der rechtspopulistischen Wahlwerbung um ein hoch relevantes und sehr aktuelles Forschungsfeld, das viele Perspektiven für die zukünftige Forschung offenhält. So stellt etwa die Untersuchung der Effekte stereotyper Darstellungen von ImmigrantInnen und gesellschaftlichen Minderheiten in der rechtspopulistischen Wahlwerbung auf die ‚Dargestellten‘ selbst ein wichtiges Desiderat der bisherigen Forschung dar.

Studien aus verschiedenen Forschungsrichtungen legen nahe, dass die wahrgenommene Stigmatisierung der eigenen Minderheit zu Entfremdungsprozessen und gesellschaftlichem Rückzug bis hin zu einem verminderten Selbstwertgefühl führen kann.<sup>16</sup> Basierend auf diesen Erkenntnissen kann angenommen werden, dass Wahlwerbung rechtspopulistischer Parteien die Distanzierung von Minderheiten von der Mehrheitsbevölkerung zu fördern vermag. Das Wirkungspotenzial rechtspopulistischer Kampagnen auf Intergruppen-Beziehungen und das gesellschaftliche Zusammenleben verschiedener ethnischer und religiöser Gruppen kann damit jedoch nur angedeutet werden und stellt ein wichtiges Feld für die zukünftige Forschung dar.

## Desirée Schmuck

Desirée Schmuck hat ihr Masterstudium in Publizistik- und Kommunikationswissenschaft abgeschlossen und ist Universitätsassistentin (prae doc) am *Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft* an der Universität Wien. In ihrer Dissertation beschäftigt sie sich mit der Wirkung rechtspopulistischer politischer Kampagnen auf fremdenfeindliche Einstellungen. Publikation: Desirée Schmuck, Wahrnehmung und Wirkung fremdenfeindlicher, rechtspopulistischer Wahlkampagnen unter Berücksichtigung des Migrationshintergrundes. Eine qualitative Untersuchung, in: *Studies in Communication | Media* 6 (1/2017), 6–38.

1 <http://derstandard.at/2000046403983/Strache-Rede-gegen-Fluechtlinge-Ceta-und-gekaufte-Medien> (27.10.2016).

2 Vgl. Hans-Georg Betz, *Mosques, minarets, burqas and other essential threats. The populist right's campaign against Islam in Western Europe*, in: Ruth Wodak/Majid Khosravnik/Brigitte Mral, Hg., *Right-wing populism in Europe. Politics and Discourse*, London 2013, 71–87.

3 Vgl. Jan Jagers/Stefaan Walgrave, *Populism as political communication style. An empirical study of political parties' discourse in Belgium*, in: *European Journal of Political Research* 46 (2007), 319–345.

4 Vgl. Anton Pelinka, *Right-Wing Populism. Concept and Typology*, in: Ruth Wodak/Majid Khosravnik/Brigitte Mral, Hg., *Right-wing populism in Europe. Politics and Discourse*, London 2013, 71–87.

5 Vgl. Delia Dumitrescu, *Know me, love me, fear me. The anatomy of candidate poster designs in the 2007 French legislative elections*, in: *Political Communication* 27 (2010), 20–43.

6 Vgl. Sven Engesser/Nicole Ernst/Frank Esser/Floirin Büchel, *Populism and social media. How politicians spread a fragmented ideology. Information, Communication & Society* (2016), 1–18.

7 Vgl. Florian Arendt, *Dose-dependent media priming effects of stereotypical newspaper articles on implicit and explicit stereotypes*, in: *Journal of Communication* 63 (2013), 830–851.

8 Vgl. Florian Arendt/Franziska Marquart/Jörg Matthes, *Effects of right-wing populist political advertising on implicit and explicit stereotypes*, in: *Journal of Media Psychology* (2015), Advance Online Publication.

9 Vgl. Christian Schemer, *The influence of news media on stereotypic attitudes toward immigrants in a political campaign*, in: *Journal of Communication* 62 (2012), 739–757; Jörg Matthes/Franziska Marquart, *Werbung auf niedrigem Niveau?*, in: *Publizistik* 58 (2013), 247–266.

10 Vgl. Jörg Matthes/Desirée Schmuck, *The Effects of Anti-Immigrant Right-Wing Populist Ads on Implicit and Explicit Attitudes. A Moderated Mediation Model*, in: *Communication Research* (2015), Advance Online Publication; Desirée Schmuck/Jörg Matthes, *How anti-immigrant right-wing populist advertisements affect young voters. Symbolic threats, economic threats and the moderating role of education*, in: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 41 (2015), 1577–1599.

11 Vgl. Arendt/Marquart/Matthes (2015); Matthes/Schmuck (2015).

12 Vgl. ebd.

13 Vgl. Michael Hameleers/Desirée Schmuck, *It's Us against Them. A Comparative Experiment on the Effects of Populist Messages Communicated via Social Media*, (2017) Information, Communication & Society. Paper accepted for presentation at the 67th annual conference of the International Communication Association (ICA), May 25–29, San Diego, USA.

14 Vgl. Martin Reissigl, *Dem Volk aufs Maul schauen, nach dem Mund reden und Angst und Bange machen*, in: Wolfgang Eismann, Hg., *Rechtspopulismus. Österreichische Krankheit oder europäische Normalität?*, Wien 2002, 130–149.

15 Vgl. Jae Kook Lee et al., *Social media, network heterogeneity, and opinion polarization*, in: *Journal of Communication* 64 (2014), 702–722.

16 Vgl. Riva Tukachinsky, *Where we have been and where we can go from here. Looking to the future in research on media, race, and ethnicity*, in: *Journal of Social Issues* 71 (2015), 186–199.

# Wie sich Rechtsextreme anschlussfähig machen

Verschwörungstheorien und Anti-Flüchtlings-Propaganda am Beispiel der Identitären und *Einprozent.de*

Seit 2015 eilt die *Alternative für Deutschland* (AfD) auf Landesebene von Erfolg zu Erfolg. Mittlerweile ist sie in zehn Landesparlamenten vertreten, davon in sieben mit zweistelligen Prozentzahlen. Der fast ein Jahr andauernde Präsidentschaftswahlkampf in Österreich endete zwar mit einem Sieg Alexander Van der Bellens, FPÖ-Kandidat Norbert Hofer erreichte dennoch 46% der Stimmen. Derweil haben es die *Identitären* in Österreich und Deutschland mit zahlreichen Aktionen immer wieder in die Medien geschafft. Höhepunkt ihres medialen Höhenflugs war der Auftritt des Obmanns der *Identitäre Bewegung Österreich* (IBÖ), Martin Sellner, in der *Servus TV* Sendung *Talk im Hangar*. Den eingeschlagenen rechten Weg setzte die Sendung gleich in der nächsten Ausgabe fort, als der Nationalratsabgeordnete und Antifeminist Marcus Franz (parteilos) zum Thema *Mann und Frau: Gleichmacheri um jeden Preis?* sprechen durfte.

## Mit modernisiertem Rechtsextremismus in die Mitte der Gesellschaft

Das rechtsextreme Spektrum besteht aus einer Bandbreite an AkteurInnen, die durchaus entgegengesetzte ideologische Versatzstücke aufweisen können. Gerade in ökonomischen Fragen ist von nationalem Protektionismus über völkischen Antikapitalismus (der nie den Kapitalismus als Ganzes ablehnt) bis zu sozialdarwinistisch-neoliberalen Ansichten eine Vielzahl an Ideologien vertreten. Die gemeinsame Klammer rechtsextremer AkteurInnen ist ein negatives Menschenbild und Ideologien der Ungleichheit sowie einer damit verbundenen Ungleichwertigkeit von Menschen und Menschengruppen. Diese werden biologistisch (letztlich basieren kulturalistische und ethnopluralistische Ansichten auch auf gedachten biologistischen Markern) begründet. Ziel ist immer die Homogenität der ‚Volksgemeinschaft‘, der durch Vermischung der Verfall und Untergang droht. Das bedeutet auch, dass das Individuum die eigenen Interessen innerhalb der ‚Volksgemeinschaft‘ zu Gunsten des Kollektivs zurückstellen muss. Jede und jeder hat seinen Platz. Die ‚Volksgemeinschaft‘ zementiert damit auch herrschende, reaktionäre Klassen- und Geschlechterverhältnisse ein. Diese grundlegenden Merkmale von Rechtsextremismus treffen auf alle AkteurInnen zu, wenngleich ihre spezifische Situation in der politischen Landschaft spezifische Merkmale hervorruft oder einen anderen Fokus verlangt.

Dass Rechtsextremismus popularisiert und Versatzstücke auch von Protagonisten des konservativen Spektrums getragen werden, sind auch Mitverdienste der *Identitären*. Sie sind Teil einer jungen Generation innerhalb der ‚Neuen Rechten‘, die sich zwar vom Nationalsozialismus abwendet, jedoch auf alternative rechtsextreme Deutungsmuster stützt. Die ‚Neue Rechte‘ hat zum Ziel, die wertkonservative Mitte zu radikalieren und rechtsextreme Ideologie salonfähig zu machen. Sie will in den Mainstream der Gesellschaft vordringen und wird dabei von konservativen Kräften – bewusst und unbewusst – unterstützt.

Eine ideologische Neuheit der ‚Neuen Rechten‘, die sich Ende der 1960er-Jahre in Frankreich etabliert und von dort aus in den deutschsprachigen Raum importiert wurde, ist eine modernisierte Version

von Rassismus: der Ethnopluralismus. Er ist dadurch gekennzeichnet, dass die vermeintliche Ungleichheit der Völker als ahistorisches und natürliches Ereignis gesehen und gefordert wird, dass diese Völker sich nicht miteinander vermischen – unter dem Deckmantel, dass die Unterschiedlichkeit dieser Völker erhalten werden müsse.

Wie wird diese Ideologie nun popularisiert? – unter anderem im Netz und in Kampagnen auf der Straße.

## Der Kampf um Deutungshoheit auf Facebook und Twitter

Das wichtigste Medium für die *Identitären* ist Facebook. Hier findet alles statt: Vielfältigkeit eigener Sujets, Teilen passender fremder Inhalte, Vernetzung und letztlich der Kampf um Diskurse. Die *Identitären* arbeiten mit starker und simpler Bildsprache, die auch ohne Sprachenkenntnisse verständlich ist. Im Vordergrund stets die ästhetizistische Überhöhung der eigenen Aktionen sowie die Verächtlichmachung des politischen Feindes (MigrantInnen und MuslimInnen, Linke und Liberale). Twitter wiederum dient einer anderen Öffentlichkeit: Hier werden persönliche Kontakte zu JournalistInnen geknüpft, Selbstdarstellung betrieben und natürlich ebenfalls eigene Videos, etc. verbreitet. Die *Identitären* sind Teil einer rechtsextremen Parallel-Medienwelt, in der Medienportale wie *Breitbart*, *unzensuriert.at*, etc. im Zusammenspiel mit den Social Media Filter-Mechanismen geschlossene Informations- und Ideenkammern konstruieren.

## Verschwörungstheorien und Anti-Flüchtlings-Kampagnen – Beispiel Identitäre

Im Jahr 2015 mobilisierten *Identitäre* in Österreich, Deutschland, Tschechien und Italien mit der Kampagne *Stoppt den großen Austausch* gegen ZuwandererInnen. Die produzierten Flyer, die in Wohnhäusern und an Schulen in vielen Städten verbreitet wurden, waren in mehrere Sprachen übersetzt worden, auch das Design und die verwendeten Symbole waren länderübergreifend abgestimmt. Kern der Kampagne war eine Verschwörungstheorie, die behauptet, dass die ursprünglichen Bevölkerungen der europäischen Länder bewusst von ‚den Eliten‘ durch das Aufnehmen von MigrantInnen (wie Geflüchteten) ‚ausgetauscht‘ würden.<sup>1</sup> Unterfüttert wurde die Kampagne mit Stereotypen der ‚kriminellen MigrantInnen‘, den ‚eigenen geburtenfaulen Frauen‘ und ‚gebärdwilligen nicht-europäischen Frauen‘, die als bedrohliche Konkurrenz dargestellt wurden.<sup>2</sup> Die ‚Fremden‘ wurden kurzerhand zur pauschalen Bedrohung für das ‚Eigene‘, das beschworene ‚Wir‘ erklärt. Zentrales Event der Kampagne war eine Demonstration im Wiener Gemeindebezirk Favoriten in dem viele MigrantInnen leben – dass *Identitäre* gerade dort ihre Parolen gegen das Zusammenleben riefen, war besonders provokant.

Nur wenige Monate später wurden Geflüchtete zur Zielscheibe der *Identitären*. Wiederholt wurden in Spielfeld (an der Grenze zu Slowenien) und Freilassing (Bayern) Demonstrationen gegen die Aufnahme von Geflüchteten abgehalten, die Betroffenen, die vor Krieg Schutz suchten, zur Gefahr und als nicht integrierbar erklärt. Anti-Flüchtlings-Aktionen waren das Aufziehen künstlicher Grenzzäune, das Nachstellen von Enthauptungen bei-

spielsweise in Wien (sie sollten Geflüchtete mit Terroristen gleichsetzen), Leichen-Graffitis in mehreren Städten sowie das Einfärben von Brunnen mit Kunstblut in mehreren Städten – sowohl in Deutschland als auch Österreich. Das Narrativ war stets dasselbe: In Europa darf kein Platz für Geflüchtete sein.

## Frauenverachtung und anti-muslimischer Rassismus

Der antifeministische Backlash zeigt sich an Kampagnen gegen das Recht auf Schwangerschaftsabbruch und gegen einen progressiven Sexualkundeunterricht wie die *Demo für alle*. Bei Beiden sind etablierte, bürgerliche AkteurInnen, vor allem aus kirchlichen Organisationen, maßgebend. Ökonomisch sind es rechtsextreme und bürgerliche Parteien wie die AfD, die den Sozialstaat beschneiden möchten, was vor allem Frauen weiter in die Armut treiben würde. Auch Maßnahmen gegen sexualisierte Gewalt, wie Frauenhäuser, werden von diesen AkteurInnen abgelehnt. Frauenrechte werden einzig dann vorgegeben zu verteidigen, wenn die Täter Muslime sind. Das funktioniert, weil antimuslimischer Rassismus genauso anschlussfähig ist. In dieser Argumentationslinie werden Frauen aber auch nicht als eigenständige Individuen gesehen, sondern ihre Körper stellvertretend für Europa, die Nation oder das Abendland missbraucht, das es zu verteidigen gelte.

## Bürgerinitiativen von rechts – Beispiel Einprozent.de

Ein Beispiel dafür, wie – abseits von Straßenkrawallen wie von *Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes* (PEGIDA) und *Identitären* vorgeführt – rechtes Gedankengut mit Aktivismus gebündelt werden kann, ist die 2015 gegründete Initiative *Einprozent.de*. Sie ist so etwas wie ein Dienstleister in Sachen Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit für AkteurInnen der ‚Neuen Rechten‘ bzw. für ‚besorgte‘ BürgerInnen, die gegen Flüchtlinge und die deutsche Regierung agitieren wollen, selbst jedoch nicht über Ausstattung, rhetorische Fähigkeiten und Wissen über Aktionsplanung und z.B. Filmproduktion verfügen. Ziel von *Einprozent.de* ist es, ein deutschlandweites Netzwerk rechtskonservativer und rechtsextremer AktivistInnen aufzubauen und Geld zu lukrieren, weswegen die Protagonisten (darunter Götz Kubitschek vom neurechten *think tank Institut für Staatspolitik*; Jürgen Elsässer vom *Compact Magazin* und Hans-Thomas Tillschneider von der AfD) zu Spenden aufrufen. Mit dem Geld sollen Öffentlichkeitsarbeit und Merchandise aber auch Verfassungsbeschwerden gegen die deutsche Regierung finanziert werden.

Eine aktuelle Aktion, die gegen Geflüchtete gerichtet ist, ist eine Plattform von *Einprozent.de*, in der zu koordinierten Bürgeranfragen aufgerufen wird. *Einprozent.de* stellt vier Fragen zur Verfügung, die an Lokalparlamente gerichtet werden sollen und die Geflüchtete in Relation zu unmittelbaren Kosten und zu Kriminalität setzen und die Ausgaben für Geflüchtete gegen jene für Jugendliche ausspielen. Darüber hinaus erklären die AdministratorInnen, wie gegen Verfahrenstricks der öffentlichen Verwaltung vorgegangen werden soll. Wozu die Aktion dient, ist augenscheinlich: Ein Jahr vor dem Bundestagswahlkampf in

Deutschland sollen – auf die Lokalpolitik heruntergebrochen – Daten zu Flucht und Asyl gesammelt werden, die von Seiten der AfD, die in Form von Trägern vertreten ist, genutzt werden können.

## Was tun? Was vermeiden?

Auf welchem Weg auch immer gegen Rechtsextremismus aufgebeht wird, wichtig ist, sich selbst dabei nicht in Gefahr zu bringen wie etwa durch unmittelbare Konfrontationen im Netz oder auf der Straße. Der Schutz der eigenen Identität und Unversehrtheit haben Priorität und sollten nicht aufs Spiel gesetzt werden.

Wer rechtsextreme Propaganda bekämpfen möchte, muss zu allererst erkennen, wer die AkteurInnen sind, von denen die Gefahr ausgeht – welchen politischen Hintergrund sie haben, wie sie vernetzt sind und welche Mittel sie anwenden. Zwar braucht es auch Gegenideologie und argumentatives Rüstzeug, doch je besser man die Gefahr von rechts kennt, desto klarer das Bild, das gezeichnet werden kann. Dieses Wissen kann und soll auch weitergegeben werden. AntifaschistInnen sind auf die penible und verlässliche Arbeit anderer AntifaschistInnen angewiesen und genau dieses Wissen dient auch dazu, eigene Strukturen zu schützen.

Was keine Option ist, ist Ignoranz. Ignoranz bedeutet auch, es für Rechtsextreme in unserer Gesellschaft bequem einzurichten. Daher sind Aufklärungsarbeit, Sammeln und Weitergeben von Informationen, Gegenaktionen sowie Solidaritätsaktionen mit Opfern rechtsextremen Hasses und rechtsextremer Gewalt notwendig.

Rechtsextreme sind keine DiskussionspartnerInnen auf Augenhöhe – die Kader sind ideologisch gefestigt und sich mit ihnen in Debatten einzulassen, bedeutet, Zeit und Raum zu verlieren, die für sinnvolle Zwecke genutzt werden könnten. Mit Bekannten oder Familienmitgliedern, die in ihren Argumenten Übereinstimmungen mit beispielsweise flüchtlingsfeindlichen aufweisen, kann und soll diskutiert werden. Den rechtsextremen Bildern und Erzählungen soll unbedingt eine Gegenerzählung als Alternative entgegengesetzt werden. Nur so können wir zeigen, dass rechtsextreme Politikentwürfe schlussendlich in Gewalt und Autoritarismus enden. Wer mit den WortführerInnen diskutieren will, gibt ihnen nur Öffentlichkeit – und diese schaffen sie sich, auch ohne, dass wir ihnen selbst auch noch Räume geben.

Julian Bruns

hat Skandinavistik, Germanistik und Philosophie studiert und schreibt an seiner Dissertation über *Faschistische Literatur in Nordeuropa*.

Kathrin Glösel

hat Politikwissenschaft sowie Europäische Frauen- und Geschlechtergeschichte in Wien studiert und macht auch historisch-politische Bildungsarbeit im *Mauthausen Komitee Österreich* (Projekt *denk.mal.wien*) sowie im Verein GEDENKDIENTST (*studienfahrten.at*).

Natascha Strobl

hat in Wien Politikwissenschaft und Skandinavistik studiert und mit einer Arbeit zur Neuen Rechten abgeschlossen. Sie betreibt den Blog *Schmetterlingssammlung.net*.

1 Vgl. Julian Bruns/Kathrin Glösel/Natascha Strobl, *Die Identitären. Handbuch zur Jugendbewegung der Neuen Rechten in Europa*, Münster 2016, 107.  
2 Vgl. ebd.

# Der Ausstieg aus dem Rechtsextremismus – EXIT für Österreich

Über die Notwendigkeit einer Beratungsstelle für Personen aus dem rechtsextremen Milieu in Österreich

Schließt sich ein Individuum der rechtsextremen Szene an, dann liegt dieser Schritt, wie häufig vermutet, nicht in der alleinigen Verantwortung jener Person. Vielmehr tragen sowohl die Politik, als auch die Medien sowie die Gesellschaft im Allgemeinen ihren Teil zum individuellen Radikalisierungsprozess bei. Somit liegt es in unser aller Verantwortung und eigenem Interesse, die voranschreitende Ausbreitung des Rechtsextremismus in Österreich durch gezielte Aktivitäten einzudämmen. Folglich geht es bei der Implementierung einer Beratungsstelle für Personen aus der rechtsextremen Szene nicht nur um die Hilfe für das Individuum, sondern auch um die Vermeidung von weiterem, durch den Rechtsextremismus verursachtem Schaden, der sich letztlich auf alle Mitglieder der Gesellschaft auswirkt.

Die folgenden Ausführungen beruhen auf den Aussagen von Expertinnen und Experten, die im Rahmen einer Masterarbeit zu der Frage interviewt wurden, inwieweit in Österreich der Bedarf für eine Beratungsstelle für Personen aus dem rechtsextremen Milieu gegeben ist.

## Rechtsextremistische Straftaten nehmen weiter zu

In den letzten Jahren hat die Zahl rechtsextremistisch motivierter Straftaten stetig zugenommen und 2015 mit 1.156 Tathandlungen einen neuen Höchststand erreicht – genau betrachtet handelt es sich um eine Steigerung von 54,1% im Vergleich zum Vorjahr (2014: 750 Tathandlungen). Immer häufiger kommt es also zu Verstößen gegen das Verbotsgesetz und Anzeigen wegen Verhetzung nach §283 Strafgesetzbuch. Parallel zum exponentiellen Anstieg an Menschen, die im Sommer und Herbst 2015 nach Österreich geflüchtet sind, sind auch Personen mit rechtsextremem Gedankengut sichtbar geworden. Dabei wird es neben der Zunahme rechtsextremistisch motivierter Straftaten auch immer salonfähiger rechtsextreme Äußerungen in der Öffentlichkeit zu tätigen. Kurz gesagt stellt der Rechtsextremismus kein Randphänomen mehr da, vielmehr ist er in der Mitte der Gesellschaft angekommen.

Sorgen bereiten in diesem Sinne weniger die organisierten Strukturen der rechtsextremen Szene. Vor allem sind es die losen Formierungen in denen der Rechtsextremismus nun schrittweise an Größe gewinnt. So finden immer mehr neue Milieus Gefallen am rechtsextremen Gedankengut, wobei es weniger um antisemitische Inhalte, sondern um fremdenfeindliches Denken und antimuslimischen Rassismus geht. Dabei sei auch erwähnt, dass der Rechtsextremismus, im Gegenteil zu der weit verbreiteten Meinung, kein Jugendproblem darstellt, sondern ein gesamtgesellschaftliches Problem ist. Die Jugendlichen fungieren viel eher als ein Sprachrohr für eine viel größere Gesellschaftsgruppe.

## Es mangelt am Problembewusstsein

Die Konfrontation Österreichs mit dem Rechtsextremismus ist zum derzeitigen Zeitpunkt äußerst prekär. Doch wie wird seitens der Politik wie auch der Allgemeinbevölkerung mit diesem Problem umge-

gangen? Vor allem mangelt es an einem ausreichenden Problembewusstsein sowohl seitens der politischen Akteurinnen und Akteure wie auch der Allgemeinbevölkerung. Denn dadurch, dass der Rechtsextremismus nun in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist, wird genau dort nicht mehr allzu genau hingesehen. Das Phänomen wird lieber am Rand verortet, wo es aber schon seit langem nicht mehr seinen Ursprung hat. Neben dem Vermeidungsverhalten der politischen Parteien tragen auch der Verfassungsschutz sowie die Exekutive ihren Teil zu der jetzigen Situation bei. So wird das Problem ihrerseits entweder verschwiegen oder letztlich nicht konsequent genug dagegen vorgegangen. An Konzepten für Ausstiegsberatungsstellen mangelt es jedenfalls nicht. Die Umsetzung dieser Projekte scheiterte bisher jedoch stets am Willen der Politik, diese zu finanzieren.

## Deutschland ist bereits einige Schritte voraus

Blickt man nun über die Grenze, so kann man feststellen, dass in Deutschland bereits seit dem Jahr 2000 die AussteigerInnenberatung *EXIT-Deutschland* existiert. Auch über diesen Verein hinaus gibt es verschiedenste Beratungsangebote für Personen aus der rechtsextremen Szene. Als Ursache für diesen Unterschied zwischen Deutschland und Österreich wird die höhere Anzahl an rechtsextremistisch motivierten Straftaten im Nachbarland vermutet. Darüber hinaus sind diese auch deutlicher sichtbar als hierzulande. Besonders nach der Wiedervereinigung von West- und Ostdeutschland kam es zu einem explosionsartigen Anstieg rechtsextremer Gewalt, welcher die Verantwortlichen zum Handeln zwang. Auch hat die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit in Deutschland deutlich früher begonnen, während sich Österreich lange Zeit als das erste Opfer des Nationalsozialismus stilisierte. Dies hat den Wiederaufbau der organisierten rechtsextremen Szene, vor allem an den Universitäten, begünstigt. Auch ist das Problembewusstsein den Rechtsextremismus betreffend im Nachbarland deutlich höher als in Österreich. Doch trotz dem eindeutigen Vorsprung in der Umsetzung von AussteigerInnenprogrammen und Projekten gegen Rechtsextremismus, hat beispielsweise auch der Verein *EXIT-Deutschland* immer wieder mit einer kaum ausreichenden Finanzierung zu kämpfen.

## Vorhandene und fehlende Beratungs- und Betreuungsangebote hierzulande

Der Vollständigkeit halber muss erwähnt werden, dass auch in Österreich Einrichtungen existieren, die unter anderem Personen aus der rechtsextremen Szene beraten. Dazu zählen beispielsweise, das *Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes*, *Streetwork Wien* des Vereins *Rettet das Kind Wien* sowie das *Mauthausen Komitee Österreich*. Doch ihnen fehlt es letzten Endes entweder an der eindeutigen Spezialisierung, der notwendigen Expertise oder an den zeitlichen wie auch finanziellen Ressourcen um Rechtsextreme in angemess-

senem Ausmaß beim Ausstieg zu unterstützen. Im Gegensatz dazu hat sich das Salzburger Projekt *Turnaround* zwar auf Jugendliche aus dem restextremen Milieu bis zu einem Lebensalter von 21 Jahren spezialisiert und würde diese auch bei einem Ausstieg aus der Szene begleiten. Doch da das Projekt von der rechtsextremen Szene bisher nicht in Anspruch genommen wurde, befindet es sich zum momentanen Zeitpunkt in einer Ruhephase. Dies kann einerseits daran liegen, dass es an Ressourcen für eine aufsuchende Sozialarbeit mangelt, die aktiv auf das Klientel zugeht. Kann aber auch darin begründet sein, dass die Jugendlichen nicht das Bedürfnis nach Hilfe bei einem Ausstieg aus rechtsextremen Kreisen verspüren bzw. gar nicht aussteigen wollen. Auch die *Beratungsstelle Extremismus*, welche seit Dezember 2014 existiert, wurde mit dem Hintergedanken eines breiten Extremismusbegriffes gegründet. Doch vermutlich aufgrund der medialen Repräsentation und wegen des politischen Anlassfalls, wenden sich Hilfesuchende vor allem bezüglich des religiös motivierten Extremismus im Sinne des Jihadismus an die *Beratungsstelle*. Laut der Einrichtungsleiterin werden auch hier Personen, die aus der rechtsextremen Szene aussteigen wollen, nicht als Hauptzielgruppe der *Beratungsstelle* definiert. Wie bei vielen anderen Projekten, stehen abermals die Angehörigen im Fokus der Beratungsarbeit.

## Österreich braucht eine Ausstiegsberatung für Rechtsextreme

Welche Angebote bräuchte es nun hierzulande? Allem voran bedarf es einer AussteigerInnenberatungsstelle, welche den Aussteigenden Schutz vor der rechtsextremen Szene bietet und beim Aufbau neuer Lebensperspektiven unterstützt. Die Beratung sollte anonym und auf eine langfristige Dauer angesetzt sein. Für die Umsetzung braucht es dabei Personal, aus den unterschiedlichsten Professionen wie beispielsweise Juristinnen und Juristen sowie Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, die über Expertise im Hinblick auf die rechtsextreme Szene verfügen. Neben den Angehörigen, sollten vor allem die Betroffenen selbst die Hauptzielgruppe der Einrichtung darstellen. Mit einer einzigen derartigen Institution ist es für Österreich jedoch nicht getan. Zu groß sind die regionalen Unterschiede und zu hoch der tatsächliche Bedarf. Ein Kompetenzzentrum pro Bundesland oder zumindest die Aufteilung des Landes in drei Regionen mit jeweils einer Anlaufstelle, wären notwendig um effektiv arbeiten zu können und den Bedarf abzudecken. Alles andere wäre lediglich ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Verantwortung für die Finanzierung solcher Beratungseinrichtungen liegt beim Bund beziehungsweise den Ländern und weniger bei der Zivilgesellschaft.

## Es ist Zeit zu handeln

Wie würden die weiteren Entwicklungen aussehen, sollten die politischen Akteurinnen und Akteure auch in Zukunft nicht aktiv gegen das Rechtsextremismusproblem vorgehen? In jenem Fall wird befürchtet, dass Straftaten, auch in Form von Gewalt-

delikten, zunehmen werden. Darüber hinaus wird der Rechtsextremismus an der politischen Spitze, in Gestalt von bestimmten personellen Vertreterinnen und Vertretern, ankommen. Dies könnte auch direkte Folgen auf die Gesetzgebung haben. So wird es als sehr wahrscheinlich eingeschätzt, dass beispielsweise das Verbotsgesetz außer Kraft gesetzt und Förderungen für liberal denkende und agierende Einrichtungen gekürzt oder gar eingestellt werden könnten.

Um diese Entwicklungen zu verhindern, ist es jedoch alleine mit einer Beratungsstelle für Personen aus dem rechtsextremen Milieu nicht getan. Vorerst braucht es ein Problembewusstsein in der Allgemeinbevölkerung und im Besonderen seitens der politischen Verantwortlichen. Diese sollten vermehrt in Bildungseinrichtungen investieren und somit das Angebot weiter ausbauen. Denn sobald es das Bildungssystem schafft, soziale Ungleichheiten zu beseitigen und diese nicht weiter zu reproduzieren, ist ein großer Schritt in die richtige Richtung getan. Darüber hinaus braucht es auch im Zusammenhang mit der österreichischen Flüchtlingspolitik eine Form der Integrationsarbeit, die bei der Aufnahmegesellschaft ansetzt und dabei eine Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung bei der gesamten Bevölkerung fördert. Um diese Handlungsvorschläge umsetzen zu können und dem Problem auf langer Sicht zu begegnen, ist eine Zusammenarbeit auf allen gesellschaftspolitischen Ebenen unabdingbar.<sup>1</sup>

Mona Hörmann

Sozialarbeiterin im Asylbereich, Studium der Sozialen Arbeit mit dem Schwerpunkt der interkulturellen Kompetenz.

<sup>1</sup> Der Text beruht auf der von der Autorin verfassten Masterarbeit: Mona Hörmann *Etablierung einer Beratungsstelle für Personen aus dem rechtsextremen Milieu in Österreich*, Masterarbeit, FH Oberösterreich Campus Linz 2016.



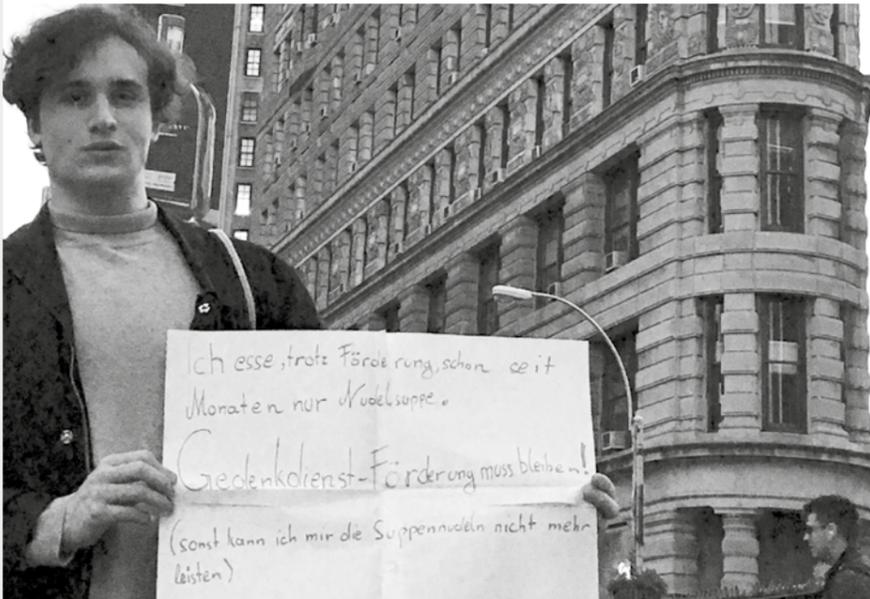
GEDENKDIENTST

**Jonathan Dombach, Gedenkdienstleistender (Jahrgang 2016/2017) am Leo Baeck Institute in New York**

Jonathan Dombach ist derzeit einer von zwei Gedenkdienstleistenden am Leo Baeck Institute in New York. Wie auch Markus Neurauter führt er im Rahmen des Projektes Austrian Heritage Collection mit ZeitzeugInnen Oral History Interviews und bereitet diese für die Forschung auf. Mit seinem Statement „Ich esse trotz Förderung seit Monaten nur Nudelsuppe“ weist Jonathan auf die aktuelle Situation hin. Trotz Förderung müssen unsere Gedenkdienstleistenden auf Ersparnis zugreifen und sind auf finanzielle Unterstützung der Familie angewiesen. Für den kommenden Jahrgang 2017/2018 wird die Fördersumme erneut gekürzt!

Jonathan Dombach currently serves as one of two volunteers at the Leo Baeck Institute in New York. Together with his fellow Markus Neurauter, Jonathan is conducting oral history interviews with holocaust survivors. The interviews are furthermore processed and made publicly available for historians, teachers and others interested. With his statement “I have only been able to eat noodle soup for months” he is giving a drastic first hand account on how difficult it is to live with the small financial compensation Gedenkdienst volunteers get from the Austrian government. The volunteers have to rely on their own or their families savings to be able to effort a Gedenkdienst year. Dispside all this, another cutback in the financial compensation is planned for the year 2017/2018.

#gedenkdienst #gedenkdienerhalten



👍 Gefällt mir    💬 Kommentieren    ➡️ Teilen



GEDENKDIENTST

**Katharina Bogojevski, Gedenkdienstleistende (Jahrgang 2016/2017) an der Internationalen Jugendbegegnungsstätte Theresienstadt in Terezín**

Katharina Bogojevski ist derzeit Gedenkdienstleistende an der Gedenkstätte Theresienstadt (Památník Terezín / Terezín Memorial). In das ehemalige Ghetto Theresienstadt wurden ab 1942 tausende österreichische Jüdinnen und Juden deportiert; viele von ihnen wurden weiter in Konzentrations- und Vernichtungslager deportiert und ermordet. Katharina unterstützt die MitarbeiterInnen in der pädagogischen Abteilung in vielen Belangen. Sie betreut vorrangig deutschsprachige Gruppen im Rahmen von ein- und mehrtägigen Seminaren und arbeitet eng mit ZeitzeugInnen zusammen.

Katharina Bogojevski serves as Gedenkdienst volunteer at the Terezín Memorial (Památník Terezín/Terzín Memorial) in the Czech Republic. Starting in 1942, thousands of Austrian Jews were deported into the Theresienstadt concentration camp. Many of them perished in the camp or were further deported into Nazi death camps to meet their cruel fate. Katharina supports the education department of the memorial. She is assisting mostly German speaking groups of visitors within the scope of one- or multi-day workshops. Katharina is also working closely with witnesses of the Holocaust.

#gedenkdienst #gedenkdienerhalten



👍 Gefällt mir    💬 Kommentieren    ➡️ Teilen



GEDENKDIENTST

**Laurenz Rogi, Gedenkdienstleistender (Jahrgang 2016/2017) in der Hogar Villa Israel in Santiago de Chile**

Der Hogar Villa Israel in Santiago de Chile wurde 1950 gegründet und soll Menschen, die während des NS-Regimes aus Europa flüchten mussten, eine gemeinsame Unterkunft für ihren Lebensabend bieten. Laurenz Rogi unterstützt als derzeitiger Gedenkdienstleistender das Team des Alterstheims bei talleres-Workshops und Betreuung der HeimbewohnerInnen.

The Hogar Villa Israel in Santiago de Chile was founded in 1950. Its mission is to provide a common home in old age for people who fled Europe because of the Nazi regime. Our Gedenkdienstleistender Laurenz Rogi supports the team of this home for the elderly in conducting talleres workshops and in taking care of the residents.

#gedenkdienst #gedenkdienerhalten



👍 Gefällt mir    💬 Kommentieren    ➡️ Teilen



GEDENKDIENTST

**Felix Vorberg, Gedenkdienstleistender (Jahrgang 2016/2017) im Anita Müller-Cohen Elternheim in Tel Aviv**

Vom 11. auf den 12. März 1938 fand der „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich statt. 72 Jahre nach dem Ende des NS-Regimes sind Erinnerungskultur und Gedenkpolitik wichtige gesellschaftspolitische Themen. Wertvolle Arbeit in diesen Bereichen leistet derzeit Felix Vorberg als Gedenkdienstleistender im Anita Müller-Cohen Elternheim in Tel Aviv in Israel. Seit 1996 entsendet GEDENKDIENTST engagierte junge Menschen an das Altersheim, in dem auch Holocaust-Überlebende aus Österreich ihren Lebensabend verbringen. Felix unterstützt die HeimbewohnerInnen in alltäglichen Lebenssituationen und ist ein wichtiger Gesprächspartner für sie. Mit viel Sensibilität und Geduld verstärkt er das Team des Altersheims und ist eine wichtige und verlässliche Stütze.

On the 11th and 12th of March 1938 Austria became part of Hitler Germany in what is known as the "Anschluss". 72 years after the defeat of the Nazi regime an active culture and policy of remembrance are as important as ever for society. Felix Vorberg makes a valuable contribution towards this goal as memorial volunteer at the Anita Müller Cohen home in Tel Aviv, Israel. Since 1996 GEDENKDIENTST has been posting dedicated volunteers at this elderly home, where among others Holocaust survivors from Austria spend the evening of their lives. Felix supports the residents in their everyday living situations and fulfills an important role not least as an everyday conversation partner. He supports the professional team of the home with a lot of sensitivity and patience.

#gedenkdienst #gedenkdienerhalten

Gefällt mir    Kommentieren    Teilen



GEDENKDIENTST

**Moritz Haderer, Gedenkdienstleistender (Jahrgang 2016/2017) an der Scuola di Pace die Monte Sole in Marzabotto**

Auch in Italien hat der Verein derzeit einen Gedenkdienstleistenden. Moritz Haderer ist an der Scuola di Pace di Monte Sole (Il luogo, le vittime, i perpetratori. Noi. A 70 anni da Monte Sole) in Monte Sole tätig. In dieser Region verübten 1944 deutsche Einheiten ein Massaker an ZivilistInnen. Moritz unterstützt das Team in den verschiedenen Arbeitsfeldern: Er leitet Workshops nach dem Konzept der non-formal education, um so ein gewaltfreies Miteinander zu erarbeiten und hilft bei den Forschungsarbeiten über das Massaker sowie die geschichtliche Aufarbeitung nach 1945 - um zwei seiner Tätigkeiten zu nennen.

In Italy too there is a Gedenkdienstleistender. Moritz Haderer works at the Fondazione Scuola di Pace in Monte Sole. German units murdered civilians in a massacre in this region in 1944. Moritz supports the team in various fields of work: He conducts workshops following the concept of non-formal education to work towards a better social coexistence and helps with research tasks concerning the massacre and the way its history being dealt with after 1945, to name just two of his assignments.

#gedenkdienst #gedenkdienerhalten

Gefällt mir    Kommentieren    Teilen



GEDENKDIENTST

**Ganael Dumreicher und Sebastian Redl, Gedenkdienstleistende (Jahrgang 2016/2017) am Vilna Gaon State Jewish Museum in Vilnius**

1989 wurde von Holocaust-Überlebenden das Vilna Gaon State Jewish Museum in Vilnius errichtet, um eine Aufarbeitung des Holocaust in Litauen zu ermöglichen und ein Bewusstsein innerhalb der Gesellschaft zu schaffen. Sebastian Redl und Ganael Dumreicher-Ivanceanu tragen als derzeitige Gedenkdienstleistende dazu bei!

In 1989, Holocaust Survivors founded the Vilna Gaon State Jewish Museum in Vilnius, in order to facilitate coming to terms with the Holocaust in Lithuania and to create awareness in society. Our current Gedenkdienstleistende, Sebastian Redl and Ganael Dumreicher, contribute to these aims!



#gedenkdienst #gedenkdienerhalten

Gefällt mir    Kommentieren    Teilen

# vor.gelesen|rezensionen

## Schleppen, Schleusen, Helfen. Flucht zwischen Rettung und Ausbeutung

Gabriele Anderl/Simon Usaty (Hg.), Mandelbaum, Wien 2016

Auf fast 600 Seiten und in 37 Beiträgen geht dieser von Gabriele Anderl und Simon Usaty herausgegebene Sammelband auf verschiedene, historische wie aktuelle und individuell oder kollektiv organisierte Versuche von Fluchthilfe ein. Dabei spannen die einzelnen Beiträge einen sehr breiten historischen Bogen und zeigen die große Variation von Migrations- und Fluchtbewegungen sowie damit verbundene Fluchthilfe-Unternehmungen nach Europa und innerhalb des Kontinents. Der zeitliche Rahmen erstreckt sich vom Beginn des 17. Jahrhunderts bis zur Gegenwart. Ein großer Schwerpunkt liegt dabei auf Österreich und der Verfolgung von Jüdinnen und Juden in den 1930er Jahren bis 1945 sowie den angewendeten Fluchtstrategien, wie Scheinehen, eingerichteten Fluchtrouten und individuelle Hilfe. Dabei kommen – je nach Beitrag – Geflüchtete wie auch HelferInnen zu Wort. Ebenso fanden Beiträge zu Fluchtbewegungen während des Kalten Krieges an den Grenzen Österreichs Eingang in den Sammelband. Darüber hinaus wird auch auf das gegenwärtige Grenzregime und die Migrations- sowie Asylpolitik in Österreich und der EU eingegangen.

Die dem Band zugrundeliegende Motivation formuliert der Kommunikationswissenschaftler Fritz Hausjell im Vorwort des Buches wie folgt: „Es ist Zeit, sich in Wissenschaft, Politik und Medien möglichst differenziert damit zu beschäftigen, wie heute Flucht nach Europa möglich ist. Ist alles nur ‚Schlepperei‘, die mit der Not der Menschen Geschäfte macht, oder ist einiges doch mutige Fluchthilfe, etwas, was dann erst wieder Jahrzehnte später als solche gewürdigt wird?“ (S. 12). Der Sammelband kann nicht prognostizieren, wie aktuelle Versuche der solidarischen Unterstützung von Verfolgten – auch wider gesetzlicher Bestimmungen – in den nächsten Jahren und Jahrzehnten gewertet werden. Allerdings bietet er einen interessanten, nachvollziehbaren und Empathie sowie Verständnis fördernden Überblick über historische und gegenwärtige Versuche von Fluchthilfe und zwar über Disziplinergrenzen hinweg.

Ein besonders interessanter Aspekt einiger Texte ist, dass sie auf rechtliche Gegebenheiten und folglich notwendige technische Herausforderungen bei Fluchtversuchen und Fluchthilfe eingehen, wie beispielsweise das Auftreiben von Papieren, topographische Gegebenheiten und den Aufbau von Netzwerken. Die AutorInnen betreiben in ihren Texten zudem keineswegs Schönfärberei, sondern zeigen, dass AkteurInnen nicht bloß aus Altruismus handeln, sondern auch versuchen Profit aus Geflüchteten zu schlagen.

Im Punkte Lesbarkeit variiert der Schwierigkeitsgrad der einzelnen Texte. Vier Beiträge sind zudem in englischer Sprache verfasst. Da die Artikel jedoch zumeist relativ kurz sind, ist die wissenschaftliche Sprache mancher Texte gut zu bewältigen. Insgesamt ist das Buch all jenen zu empfehlen, die sich mit der gegenwärtigen und vergangenen Vielfalt der Bewältigung von Flucht und Hilfe in Europa auseinandersetzen möchten.

Kathrin Glösel



## Am ‚authentischen‘ Ort. Paradoxien der Gedenkstättenpädagogik

Verena Haug, Metropol Verlag, Berlin 2015

Knapp 35 Jahre nach dem Entstehen der nun etablierten „Gedenkstättenpädagogik“ ermöglicht die Pädagogin Verena Haug, die seit 2001 selbst in verschiedenen Bereichen dieses Arbeitsfeldes tätig ist, durch ihre nun in Buchform vorliegende Dissertation Einblicke in ihre Untersuchungen und Erkenntnisse zur gedenkstättenpädagogischen Praxis.

Anfangs gibt Haug einen kurzen Überblick über die Entstehung von NS-Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland (BRD) und der Deutschen Demokratischen Republik (DDR). Anhand konkreter Beispiele geht sie auf impulsgebende Initiativen sowie Faktoren für die Entstehung dieser Gedenkstätten ein. Durch die Gegenüberstellung von Entstehungsfaktoren, den Aufbau und den Zielen von NS-Gedenkstätten in der DDR und der BRD ermöglicht es die Autorin, mögliche Unterschiede zu erarbeiten und diese gegenüberzustellen. Das Buch widmet sich zwar vor allem Gedenkstätten in Deutschland, jedoch können Haugs Erkenntnisse über die Ziele und Aufgaben teilweise auch für Erinnerungsorte in anderen Ländern übernommen werden.

Neben einem theoretisch gehaltenen ersten Teil, bei dem es vor allem um den inneren Aufbau von NS-Gedenkstätten und deren Konzepte und Ziele geht, widmet sich Haug im zweiten Teil praktischen Beispielen aus dem pädagogischen Alltag. Für ihre Analyse begleitete sie Schülergruppen an NS-Gedenkstätten und dokumentierte ihre Beobachtungen. Diese Beobachtungen fasste Haug in Kapiteln zusammen. Die einzelnen Abschnitte befassen sich beispielsweise mit der Erwartungshaltung von SchülerInnen, Feedbackrunden sowie den Anfangs- und Endphasen gedenkstättenpädagogischer Veranstaltungen. Mit Hilfe von Transkriptionsausschnitten beschreibt sie ausgewählte Situationen und den Kontext, in dem diese eingebettet sind. In anschließenden Analysen beschäftigt sich Haug mit den jeweiligen Interaktionen der Beteiligten. Sehr detailliert widmet sie sich konkreten Äußerungen sowie der Wortwahl beteiligter Menschen und hinterfragt die Folgewirkungen auf und Reaktionen von anderen beteiligten Personen.

Durch die Transkriptionsausschnitte bekommen LeserInnen einen Einblick in teils alltägliche Situationen von PädagogInnen an NS-Gedenkstätten. Die von Haug analysierten Ausschnitte behandeln vor allem die Lernwirkung durch Gedenkstättenbesuche sowie Strukturprobleme innerhalb der Gedenkstättenpädagogik. Ihre Erkenntnisse dazu sind allerdings sehr subjektiv und dürfen keinesfalls verallgemeinert werden.

Das breitgefächerte Literaturverzeichnis gibt Interessierten zudem die Möglichkeit, ihr Werk als Einstieg für eine detailliertere Recherche zu nutzen. Speziell für Personen, die im pädagogischen Bereich tätig sind, können Haugs Erkenntnisse denkstoßend sein und zum Reflektieren der eigenen Arbeit anregen.

Christian Hanl



## Erinnerungsorte in Bewegung. Zur Neugestaltung des Gedenkens an Orten nationalsozialistischer Verbrechen

Daniela Allmeier/Inge Manka/Peter Mörtenböck/Rudolf Scheuvs (Hg.), Transcript Verlag, Bielefeld 2016

Die Publikation *Erinnerungsorte in Bewegung* ist Teil der seit etwa zwanzig Jahren stark anwachsenden Fachliteratur zum Thema Erinnerungskultur und Gedenkstättenpädagogik. Besonderes Merkmal des Sammelbands ist die große Vielfalt der siebzehn Beiträge. Neben HistorikerInnen und PädagogInnen, kommen auch KünstlerInnen und LandschaftsarchitektInnen zu Wort. Das Spannungsfeld zwischen historisch korrekter Darstellung, ethischen und künstlerischen Ansprüchen sowie einem marktwirtschaftlichen Pragmatismus dient als zentrales, verbindendes Thema der Beiträge.

Ein Beispiel für die künstlerischen Gestaltungsmöglichkeiten und deren Ideenentwicklung ist der Artikel von Katharina Struber und Klaus Gruber. Darin stellen sie ihren Entwurf einer Gedenkstätte vor, die in Maly Trostenec in Weißrussland für die 13 000 dort ermordeten ÖsterreicherInnen entstehen soll. Mit der Frage, wie in unmittelbarer Nachbarschaft zu Erinnerungsorten eine erfolgreiche Vermittlung und gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus stattfinden kann, befasst sich Brigitte Halbmayrs Artikel. Sie berichtet über den Erfolg des Projekts *Bewusstseinsregion Mauthausen-Gusen-St. Georgen*, in dem die lokale Bevölkerung zum Umgang mit den dortigen Orten der NS-Verbrechen befragt und gehört wurde. Außerdem diskutieren gleich mehrere der AutorInnen die umstrittene Annahme, dass es eine Aura an Gedenkstätten gäbe, die beim Besuch der Orte nationalsozialistischer Verbrechen erfahrbar sei. Die mehrheitliche Ablehnung dieses Konzepts, beziehungsweise dessen Inhalt, erfolgt jedoch nicht immer widerspruchsfrei. So schreibt A.W. Faust vom Landschaftsarchitekturbüro *sinai* zwar von einer „intuitiven Lesbarkeit des Raums, die die bewusste Wahrnehmung unterschiedlicher Ebenen und Schichten ermöglicht“ (S. 59), während er kurz zuvor jedoch betont: „An eine intuitiv ‚spürbare Aura‘ des historischen Orts glauben wir nicht“ (S. 58).

Trotz der großen Bandbreite an AkteurInnen, die im Sammelband vertreten sind, fehlt ein Beitrag aus Sicht der ehemaligen Verfolgten des NS-Regimes oder deren Nachkommen. Ihre Forderung, die Gedenkstätten so zu gestalten, dass sie an das Erscheinungsbild der KZs zur Zeit des Bestehens erinnern, kommen zwar in vielen Artikeln vor, aber es bleibt bei einer distanzierteren Beschreibung durch Dritte. Ebenso verhält es sich mit der Gruppe der ‚BesucherInnen‘. Während fast alle AutorInnen sich dazu äußern, wie die Geschichte an die BesucherInnen vermittelt werden soll, setzten sich die Artikel – mit Ausnahme jenes von Irit Rogoff – kaum mit der Erfahrung, eine Gedenkstätte zu besuchen, auseinander. Diese Problematik wird im Beitrag von Cornelia Siebeck thematisiert: Siebeck schreibt, durch die Professionalisierung der Beteiligten an der Gestaltung, entfernt sich die Debatte um Gedenkstätten zunehmend von der Zielgruppe, nämlich der breiten Gesellschaft. Jedoch auch der hier vorliegende Sammelband kann damit nicht brechen und verbleibt innerhalb der Debatte unter ExpertInnen. Dennoch ist der Band allen EinsteigerInnen in die Thematik zu empfehlen, setzt er doch kein Vorwissen voraus und ist damit leicht zugänglich. Die vielen Abbildungen, teils Entwürfe oder Photographien, und die beschriebenen Konflikte im Umgang mit den Orten ehemaliger NS-Verbrechen bieten einen Einblick hinter die Kulissen der Gedenkstättenarbeit und können so den Blick beim nächsten Besuch verändern.

Nora Zirkelbach